



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Geyer, Albin: Der Armeekonflikt in Ungarn : (Schluß)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Leben sind sie unlöslich, meist unmerklich verwoben. Wo er geht, da geht sie mit, wo er spricht, da sprechen sie mit. Das geschieht, wo zwei oder drei versammelt sind, das geschieht, wo Vereinsglieder die Köpfe zusammenstecken. Ein Umding ist es, daß in Vereinen, und wäre ihr Hauptzweck noch so biedermeierisch, nationalökonomische oder sozialpolitische Fragen, diese heute jeden Deutschen bewegenden Angelegenheiten, nicht irgendwie zum Worte kommen sollten. Bei solcher Sachlage ist es möglich gewesen, daß dem Vereinsleben von der Polizei nach den Anordnungen des Vereinsgesetzes ernste Schwierigkeiten bereitet werden konnten. Insbesondere hat bedeutendern Vereinen, wenn sie dem natürlichen Zuge der Dinge folgten, wenn sie dem Zwange ihrer Interessen gemäß miteinander in Verbindung traten, ohne andre, tiefere Gründe kurzerhand mit dem Paragraphen 8 Spalte b ein Ende gemacht werden können. Von dieser Befugnis ist oft genug, auch aus bureaukratischer Kleinmeisterei, Gebrauch gemacht worden. Je häufiger das geschah, um so schwerer erschien im Laufe der Zeit, wie die „politischen Köpfe“ sagten, das Recht der „Koalitionsfreiheit“, dieses liberal-demokratische Ideal, grundsätzlich gefährdet. Das ist weit hin, und nicht etwa nur von den Sozialisten, als ein böser Mißgriff der Behörden empfunden worden. Kann auch keine Rede davon sein, daß die Verwaltung oder das Gericht in irgend einem Falle gegen das bestehende Recht nach der Spruchpraxis der höchsten Gerichte verstoßen hat, so kann doch andrerseits nicht verkannt werden, daß sich diese Gesetzesauslegung zu der Auffassung des Volks in schroffen Widerspruch gestellt hat. Das Vereinswesen ist ein wertvolles Gut des Deutschtums. An ihm und an seiner freien Entfaltung hängen deutsche Menschen. Was sich dagegen richtet, das empfindet das Volk als eine Antastung der Grundbedingungen seines Lebens. Darum hat diese Entwicklung der Rechtsprechung schlimme Folgen nach sich gezogen. Sie hat das Reichsgesetz vom 11. Dezember 1899 heraufgeführt, das von dem Parlamente der Regierung geradezu abgezwungen worden ist, und zwar unter Reden und Szenen im Reichstage, die bei Bismarcks Kanzlerschaft einfach unmöglich gewesen wären. Das Gesetz lautet: „Inländische Vereine jeder Art dürfen mit einander in Verbindung treten. Entgegenstehende landesgesetzliche Bestimmungen sind aufgehoben.“

(Fortsetzung folgt)



Der Armeekonflikt in Ungarn

Von Albin Beyer

(Schluß)



Es ist nun nötig, einen Blick auf Österreich und die dortigen Ereignisse zu werfen. Daß das Ministerium Körber wegen der Zurückziehung der Wehrvorlage durch den Grafen Khuen seine Demission genommen hatte, ist schon berichtet worden. Es freuten sich manche Leute in Österreich darüber, nicht bloß die Tschechen allein, sondern auch die Kreise, die im geheimen die gegen die Krone gerichtete demokratisch-parlamentarische Opposition der Magyaren gern

sahen. Von dieser Seite wurde auch an angesehenere reichsdeutsche Blätter berichtet, der Monarch sei über das Vorgehn Körbers sehr aufgebracht. Das dürfte kaum richtig sein, das Ministerium Körber war zu seinem Vorgehn vollkommen berechtigt, und der deutliche Wink an die überreizten Magyaren, daß auch noch andre Leute auf der Welt seien, konnte in keinem Fall etwas schaden. Hätten die Heißsporne in Ungarn wegen des Vorgehns des unbeliebten Ministerpräsidenten nicht alle Besinnung verloren, so hätten sie, gerade wie früher immer, nun erst recht seine Partei ergriffen. Diesmal taten sie es freilich nicht. Die Vorgänge in Ungarn bewogen jedoch die deutschösterreichischen Parteien, die sich schon früher zweimal unter einer Obmännerkonferenz geeinigt hatten, sich wieder zusammenzuschließen. Die großen Erwartungen, die man daran geknüpft hatte, haben sich aber nicht erfüllt; sie sind auch diesmal nicht über eine rein passive Haltung hinausgekommen und haben jedenfalls nicht verstanden, der Krone beizuspringen, was ihnen doch in keinem Falle hätte schaden können; sie ließen sich durch die absichtliche kleinmütige Haltung der Presse in ihrer Passivität bestärken.

Von größerm Einflusse war das Auftreten der Tschechen, die sofort bei den magyarischen Heeresforderungen dieselben Ansprüche für ihre Nation anmeldeten, was sicher dazu beigetragen hat, die Krone von weiterer Nachgiebigkeit gegen die Ungarn abzuhalten. Die Deutschen taten nichts, als sich in Deklamationen gegen die Zertrümmerung der Armee zu ergehen, sie schienen sich aber im stillen schon darauf einzurichten. Am 25. Juni wurde der nutzlose Reichsrat vertagt, und am 30. auf Grund des Paragraphen 14 der Verfassung ein sechsmonatiges Budgetprovisorium dekretiert. Der tschechische Landsmannminister Dr. Rezek trat zurück, weil er wegen der Obstruktion der Tschechen im Ministerium keinen Zweck mehr erfüllte. Am 7. Juli wurde das Demissionsgesuch des Ministeriums Körber mit einem sehr gnädig gehaltenen Handschreiben des Kaisers Franz Joseph definitiv abgelehnt. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß die Zurückziehung der Rekrutenvorlage in Ungarn für Österreich eine Verminderung der Rekrutenzahl um 5900 Mann bedeutete. Das wurde gar nicht beachtet; zu andern Zeiten hätte man um eine solche Herabsetzung einen wütenden parlamentarischen Kampf geführt, jetzt ging das aber alles in dem Schlagworte von der „Kapitulation der Regierung vor den Magyaren“ verloren.

In der zweiten Hälfte des Julis sandte Herr von Körber seinen Handelsminister Baron von Call nach Budapest zu dem Zweck, mit der dortigen Regierung Verhandlungen anzuknüpfen, zunächst über die siebenzehn Posten des Zolltarifs, die das österreichische Abgeordnetenhaus geändert hat, während sie vom ungarischen Abgeordnetenhaus nach der Regierungsvorlage angenommen wurden, ferner über die Erneuerung des Handelsvertrags mit Italien, der auf Szells Betreiben gekündigt worden war; außerdem erschien auch der österreichische Finanzminister Dr. von Böhm wegen der Zuckersteuerfrage. Graf Rhuen wies aber alle Unterhandlungen barsch ab, und die österreichischen Minister kehrten unverrichteter Dinge aus Budapest zurück. Dies wurde nun wieder gegen das Ministerium Körber ausgenutzt, das man auch unausgesetzt der Vertuschung des Beamtentums anklagte, während es doch keine deutschen Beamten in genügender

Anzahl gibt, und man sogar in deutsche Orte tschechische Beamte versetzen muß. Mit solchen Kleinigkeiten, die übrigens vorderhand gar nicht zu ändern sind, weil die Fehler auf der deutschen Seite liegen, suchte man in den großen Blättern die Deutschen von der eigentlichen Hauptfrage abzuziehen und überhaupt zu verstimmen, damit sie ja nicht auf den nützlichen Einfall gerieten, eine Diversion zugunsten der bedrängten Krone zu unternehmen. Ein einflußreiches Mitglied des Polenklubs, Graf Anton Wodzicki, erklärte in einer Zuschrift, daß die Polen das Verlangen der Ungarn nach einer selbständigen Armee nicht unterstützen würden. Die Ungarn selbst fänden nur im Staate Österreich eine feste Stütze, denn im Königreich Ungarn lebten sechzig Prozent nichtmagyarische Völkerschaften. Man habe überhaupt 1867 nicht den Ausgleich abgeschlossen und seither siebenzig Prozent der allgemeinen Ausgaben geleistet, damit sich Ungarn dafür eine eigne Armee anschaffe. Das allpolnische Blatt „Słowo polski“ riet dagegen einige Tage darauf dem Polenklub, er möge sich für die Wünsche der Ungarn aussprechen, dadurch die alte polnisch-magyarische Freundschaft wiederherstellen und überhaupt dahin wirken, daß die polnischen Regimente polnische Offiziere und die polnische Kommandosprache bekämen.

Noch bevor sich der Kaiser zum Empfang des Königs von England nach Wien begeben hatte, war ein Reservatbefehl an die Armee ergangen, wonach die im dritten Dienstjahre stehenden Mannschaften bis auf weiteres nicht in die Reserve versetzt werden sollten. Es wurde ausdrücklich den Truppenteilen aufgetragen, die von dem Rückhaltungsbefehl betroffenen Mannschaften über die gesetzlichen Bestimmungen, die die Heeresverwaltung zu dieser Maßregel berechneten, sowie über die Ursachen, die ausnahmsweise die vorläufige Zurückhaltung nötig machten, in taktvoller Weise aufzuklären. Daß diese Maßregel notwendig war, wollte man den Fortbestand der Armee sichern, leuchtet ohne weiteres ein. Unter der Parteibrille nimmt sich aber das Vernünftigste meist ganz anders aus. Man hätte doch annehmen dürfen, daß in einer Zeit, wo die Magyaren auf eine eigne nationale Armee hinarbeiteten, wo die Tschechen und die Allpolen schon das Messer wezten, um für sich das entsprechende Stück aus dem gemeinsamen Heer herauszuschneiden, die Deutschösterreicher endlich auf den Gedanken kommen würden, die einheitliche österreichisch-ungarische Armee, die man jetzt in nationale Stücke zerlegen wollte, müsse in ihren Grundlagen doch eine eminent deutsche Einrichtung sein. Auf diesen naheliegenden Gedanken kam aber der neugebackne vierzehngliedrige Ausschuß der vereinigten deutschen Parteien nicht, er kam überhaupt auf keinen Gedanken; die hauptstädtische Presse soufflierte auch keinen, im Gegenteil, sie tat, ob mit Absicht oder unbewußt, ihr mögliches, keinen großen Gedanken aufkommen zu lassen. Der konnte in diesem Falle nur lauten: Für die einheitliche Armee bewilligen wir alles, dafür ist uns und unsern Volksgenossen kein Opfer zu groß. Die Stimmung in der deutschen Bevölkerung wäre dafür vorhanden gewesen, das zeigte sich wenig Wochen nachher, als die Heeresverwaltung bekannt gab, wenn sich zur Einstellungsfrist Freiwillige meldeten, würde man ebensoviele Dreijährige entlassen. Da kamen von vielen Seiten

Aufrufe an die Militärpflichtigen, sie möchten sich freiwillig melden und ihren dreijährigen Kameraden, die unter der Ungunst der Zeitverhältnisse leiden müßten, helfen. Daraus hätte sich doch etwas machen lassen! Die Leute hatten mehr Verständnis für die Sachlage als die Führer. Da diese aber keinen Gedanken zu fassen vermochten, mußte natürlich die Regierung schuld sein, weil sie sich vor den Ungarn gebeugt habe. Ob das wahr sei, wurde gar nicht untersucht, man kam damit über den eignen Mangel an Entschlußfähigkeit hinweg.

Aber auch wenn es wahr gewesen wäre, hätte man ja gerade einen Entschluß fassen müssen, und zwar einen, der den Fehler möglichst gut gemacht hätte. Daß jetzt eine Gelegenheit verpaßt wurde, die die Stellung der Deutschen in der ganzen Monarchie mit einem Schlage geändert hätte, ist wohl heute den „Führern“ noch nicht klar geworden. Man habe ja der Regierung alles bewilligt, aber sie hätte sich vor den Ungarn gebeugt, wurde fortwährend wiederholt. Das war in Wirklichkeit nicht wahr. Zunächst handelte es sich um zwei verschiedene Regierungen, aber auch der eignen hatte man tatsächlich nichts bewilligt. Wohl hatte man die Rekrutenzahl samt der Erhöhung zugestanden, jedoch mit der Chiari'schen Resolution, daß die Bewilligung bloß gelten sollte, wenn sie auch in Ungarn in gleicher Weise erfolge. Das war nun nicht geschehen, einerlei, ob durch Schuld des ungarischen Parlaments oder der Regierung, und die Bewilligung in Oesterreich war damit gefallen. Man ersieht daraus wieder, wie wertlos und unter Umständen schädlich eine solche für die Sache selbst bedeutungslose, gegen Ungarn vektorisch gemeinte und schon darum unpolitische parlamentarische Klausel werden kann. Mit ähnlichen parlamentarischen Kunststückchen hatte vor vierzig Jahren die liberale Partei in Preußen die Heeresreorganisation verfahren und dadurch den großen Konflikt hervorgerufen. Wäre die Resolution Chiari nicht gewesen, so hätte man in Oesterreich tatsächlich alles bewilligt, es hätte keine Schwierigkeiten gegeben. Auch wenn die Reichsmilitärverwaltung wegen der Verhältnisse in Ungarn auf die Vermehrung der Mannschaften für die Artillerie usw. hätte verzichten wollen, konnte man in Oesterreich die mehr bewilligten 5900 Mann durch Anwendung des ewig mißbrauchten Paragraphen 14 oder durch eine kaiserliche Verordnung erlassen. Es wäre zwar auch aus den bekannten „verfassungsmäßigen“ und „parlamentarischen“ Bedenken darüber räsoniert worden, aber die Sache hätte sich ohne besondere Fährlichkeiten gemacht.

So war man aber trotz der vermeintlichen Bewilligung in Oesterreich gerade soweit wie in Ungarn, und die Militärverwaltung war in ihrem Recht, als sie unter diesen Umständen die Dreijährigen zurückbehalten wollte. Das Wehrgesetz gibt der Kriegsverwaltung ohne weiteres das Recht und die Vollmacht, unter Umständen die Soldaten des dritten Jahrgangs auch über den 31. Oktober hinaus bis zum 1. Januar festzuhalten, und auch dann kann sie sie als Reservisten sofort wieder einberufen. Bisher hatte die Heeresverwaltung nicht nötig gehabt, von dieser Ermächtigung Gebrauch zu machen. Die Maßregel war also nicht „verfassungswidrig,“ aber dringend geboten, weil schon die Lage auf der Balkanhalbinsel die Schwächung der Präsenzzahl um etwa

100 000 Mann unmöglich machte, ganz abgesehen von den Rücksichten auf den Dienst. Daß einzelne davon betroffene Kreise mit der Zurückbehaltung der Dreijährigen unzufrieden waren, lag nahe, aber es war falsch, diese Unzufriedenheit zu verallgemeinern und die Sache so darzustellen, daß sie die Bevölkerung sogar als ungesetzlich empfand, was sie nicht war. Die impotente Nörgelsucht fabulierte sogar von „wirtschaftlichen“ Nachteilen, als wenn es nicht wirtschaftlich vollkommen gleichgültig wäre, ob 100 000 Rekruten oder ebensoviele Dreijährige vom Wirtschaftsleben ferngehalten werden! Aber so lange man eben keinen Gedanken hat, müssen Surrogate ausbelfen.

Endlich kam ein Gedanke, und was für einer! Natürlich von den Alldeutschen, die in der unpraktischen Politik Meister sind. Man müsse den Reichsrat einberufen, telegraphierten sie von Eger an den Ministerpräsidenten — also den Reichsrat, den man vor kurzem hatte vertagen müssen, weil er arbeitsunfähig war und nicht einmal bis zur Budgetberatung kam. Die Neuberufung konnte doch nur die Folge haben, den Tschechen die Möglichkeit zu geben, daß sie für die Rekrutenbewilligung ihre Obstruktion einstellten und sich damit nach oben hin empfahlen. Aber der Gedanke war so „verflucht gescheit,“ daß er überall zündete; es gab ja Abgeordnete genug, die ihre Sommerfrischen gern aufgaben und gern zu den Diäten des Reichsrats zurückkehrten, andern lieferten die parlamentarischen Verhandlungen willkommenen Stoff für ihre Zeitungen, und endlich waren noch die vielen, die eine große Rede im Herzen oder im Magen trugen und damit das Vaterland retten oder wenigstens in die Zeitungen kommen wollten. Die Bewegung wuchs, und schließlich berief die Regierung den Reichsrat wieder ein. Die Tschechen hatten auch die ihnen so nützliche Güte, die Rekrutenbewilligung zu erlauben, im übrigen begann das parlamentarische Tohuwabohu wieder, und nachdem man viele Wochen lang Zeit und Diäten vergeudet hatte, wurde der Reichsrat unverrichteter Dinge wieder heimgeschickt. Das einzige Gute hatte die Session, daß dem Ministerpräsidenten Dr. von Körber die Gelegenheit geboten worden war, nachdrücklich den österreichischen Standpunkt gegenüber der magyarischen Überhebung zu betonen.

Der Kaiser kehrte nach dem Besuche des Königs Eduard wieder nach Budapest zurück, um die Krise in Ungarn zum Abschluß zu bringen. Er verzichtete zu diesem Zwecke sogar auf die Teilnahme an den Manövern im südlichen Ungarn, was aber die mißleitete österreichische Presse wieder dahin auslegte, die Ungarn müßten doch in allem ihren Willen haben. Als wenn der Monarch den Magyaren zuliebe dort geblieben wäre! Es hieß, Dr. von Lukacs sei als zukünftiger Ministerpräsident ausersehen, aber die Nachricht erwies sich bald als unrichtig, es traute sich noch kein Liberaler, das Ministerium zu übernehmen, vielleicht weil die meisten noch ein Nachgeben des Monarchen für möglich hielten. Der Kaiser traf zum Todestag der Kaiserin Elisabeth in Wien ein, ging aber nicht mehr nach Budapest zurück, sondern reiste am 12. September zu den Kavalleriemänövern nach Galizien ab. Graf Khuen blieb vorläufig Ministerpräsident, in offiziellen Blättern wurden die Andeutungen wiederholt, die liberale Partei möge selbst ein annehmbares Wehr-

programm aufstellen, aber wieder ohne Erfolg. Sie tat auch nichts gegen die Agitation im Lande, wo sich immer mehr Leute für die Forderungen der Unabhängigkeitspartei erklärten. Es sicherte inzwischen durch, daß sich der Kaiser nicht nur aus militärischen Gründen gegen die magyarische Dienstsprache erklärt habe, sondern auch den Standpunkt vertreten habe, daß sich der ungarische Reichstag überhaupt nicht in diese Frage einzumischen habe. Dieser Standpunkt mag auch für die weitere Betrachtung festgehalten werden. Bemerkenswert war ein Vorgang im niederösterreichischen Landtag, wo der Bürgermeister von Wien, Dr. Lueger, in einer heftigen Rede gegen die magyarischen Ansprüche unter stürmischem Beifall dem Kaiser zurief, er möge festbleiben, alle Deutschen stünden hinter ihm. In der deutschen Presse war das freilich bisher nicht sehr hervorgetreten. Der Vorsitzende begnügte sich, darauf hinzuweisen, daß Heeresangelegenheiten nicht vor den Landtag gehörten, sagte aber über die Angriffe gegen die Magyaren nichts.

Während sich die Blätter weitschweifig mit einer vielleicht nur zufälligen Begegnung des Ministerpräsidenten von Körber mit Herrn von Szell bei dem ehemaligen ungarischen Minister von Szechenyi beschäftigten, traf plötzlich eine unerwartete Wendung ein. Der Monarch hatte beim Abschluß der Manöver bei Chlopy in Galizien als oberster Kriegsherr in einem Armeebefehl zu seinem Heer gesprochen und darin zum erstenmal öffentlich und unwiderruflich Stellung zu der Armeefrage genommen, natürlich im Sinne der Aufrechterhaltung der bisherigen Organisation des gemeinsamen Heeres. Er knüpfte an die Ergebnisse der Manöver an, die ihn in dem Entschlusse bestärkt hätten, in keinem Falle den auf Lockerung dieser Organisation gerichteten einseitigen Bestrebungen nachzugeben und von seinen verfassungsmäßigen Rechten etwas zu opfern. Etwas anderes hatten unterrichtete Leute nicht erwartet, nur die militärische Entschiedenheit der Sprache überraschte und schlug in Ungarn geradezu wie eine Bombe ein. Die ungarischen Hitzköpfe fuhren aus ihren Selbsttäuschungen auf, denn sie erkannten, daß die Forderungen auf Änderungen der Heeresorganisation in ihrem Sinne keine Aussicht hatten, jemals bewilligt zu werden. Kaiser Franz Joseph war doch noch nicht so alt, als sie sich eingebildet hatten. Die oppositionellen Blätter wüteten und bezeichneten den Armeebefehl als eine Kriegserklärung gegen die Nation, aber nur eine Wahl mit Bajonetten könnte den Magyaren die Armee entreißen. Leere Worte! Die Herren, die das schrieben, wußten ganz wohl, daß eine Revolution ganz unmöglich war. Die Straßenlärm, Versammlungsschreier und die unvermeidlichen Klubredner, die bei allen Neuigkeiten voran sein müssen, hatte man wohl an sich herangezogen, aber das eigentliche Volk nicht, das ganz ruhig geblieben war, noch weniger die Armee, am allerwenigsten aber die magyarischen Offiziere, die nicht die geringste Absicht hegten, unter ein Parlament gestellt zu werden, wo die Neigungen und die Intriguen der Barabas und Genossen den Ausschlag gaben. Für sie war der Armeebefehl eine wahre Beruhigung, sie hatten gar keine Sehnsucht nach den wenig beliebten ungarischen Garnisonen und zogen deutsche Waffenplätze vor. Und sonst waren sie doch auch mit Stolz gewöhnt, einer großen Armee anzugehören.

Eine Revolution hätten die parlamentarischen Schreier wohl hervorrufen können, aber eine für die Armee. Die Proteste der Deutschen, Kroaten, Rumänen und Slowaken in Ungarn gegen die magyarische Kommandosprache waren immer stürmischer geworden, die Aufreizungen der Dreijährigen zu Demonstrationen hatten wenig Erfolg, einige von den Zeitungen übertrieben aufgebauschte Ungehörigkeiten wurden durch scharfe Dementis auf ihre Geringsfügigkeit zurückgeführt. Die Armee stand der „nationalen“ Bewegung vollkommen kühl gegenüber, in Szegedin hatten sogar die Soldaten gegen die Straßendemonstranten, ihre eignen Landsleute, von der Waffe Gebrauch gemacht. Die Armee war noch vollkommen intakt, da war nichts zu machen, als sich auf den gebräuchlichen parlamentarischen und journalistischen Lärm zurückzuziehen. Am ruhigsten benahm sich die liberale Partei. Sie ließ sofort erklären, sie werde es nun für ihre Pflicht halten, sich für das vom König bewilligte Maß der Zugeständnisse einzusetzen und nicht darüber hinauszugehn. Sie hatte es leicht, gefaßt zu sein, denn sie hatte längst gewußt, wie die Sache stand, und nur darüber geschwiegen. Aber der entschiedne Ton, hinter dem sie vielleicht mit einigermaßen bedrücktem Gewissen noch mehr vermutete, war ihr auf die Nerven gefallen, und darum geschah in den nächsten Tagen einiges Beschwichtigende. Bei der Opposition hatte besonders noch der Schluszpassus des Armeebefehls Aufregung hervorgerufen, der alle Nationen für die Armee als gleichwertig bezeichnete. Merkwürdigerweise regten sich auch die Alldeutschen darüber auf. In Deutschösterreich wurde der Armeebefehl mit großer Befriedigung vernommen, damit aber der Jubel darüber nicht etwa zu praktischen Taten ausarten möge, sorgten die hauptstädtischen Blätter sofort durch die Verwässerung, der Armeebefehl sei bloß wegen der soeben erfolgten Einberufung des Reichsrats (!) erlassen worden.

Hier muß noch eines besondern Zusammentreffens gedacht werden. Kaiser Wilhelm weilte in diesen entscheidungsreichen Tagen im südlichen Ungarn als Jagdgast beim Erzherzog Friedrich. „Bilmos Csaszar,“ zu deutsch „Kaiser Wilhelm,“ ist bei den Magyaren seit dem Jahre 1897, wo er ihnen dicke Schmeicheleien gesagt hatte, sehr beliebt. Das war schon von den Deutschösterreichern, namentlich dem alldeutschen Flügel, sehr übel genommen worden. Sie hatten aber absichtlich oder aus Mangel an dem feinen monarchischen Gefühl, wie es hauptsächlich in Norddeutschland zuhause ist, übersehen, daß in den Lobreden mehrfach der Refrain von der „Treue zum Hause Habsburg“ wiederkehrte. Ernst politischen Köpfen schien das die Hauptsache zu sein. Als er jetzt kam, feierten ihn fast alle ungarischen Blätter mit begeisterten Artikeln, aber dann wurden sie auffällig still. Kaiser Wilhelm nahm auch mit keinem Blick Notiz von den nationalen Schmerzen der großen magyarischen Nation, sondern schoß ganz ruhig seine Vierundzwanziger, verriet auch Interesse für Donaudampfschiffahrt und ähnliches, aber die nationale Frage schien nicht für ihn vorhanden zu sein. Er fuhr dann nach Wien und traf gerade am Tage nach der Veröffentlichung des Armeebefehls dort ein, vom Kaiser in alter Herzlichkeit empfangen und von der Bevölkerung jubelnd begrüßt. Die ganze Wiener Garnison bildete Spalier, und da machte es sich

von selbst, daß Kaiser Wilhelm in seinem Toaste sagte: „Der Anblick Eurer Majestät stolzen Regimenter war mir eine Herzensfreude, denn den Bund unsrer Länder tragen und festigen unsre beiden Heere zum Wohle des Friedens in Europa.“ Gerade mit diesen andeutungslosen Worten wurde sehr viel gesagt, und wer das nicht gleich begriff, den mußte die Geflüchtlichkeit darauf bringen, mit der Blätter, die immer die ungarischen Bestrebungen im geheimen unterstützt hatten, jetzt überlaut betonten, diese Worte hätten gar keine Beziehung auf den ungarischen Armeekonflikt. Die Ungarn, mit Ausnahme der Unversöhnlichen, taten natürlich auch so; direkt ließ sich bei der feinen Fassung der Worte nichts beweisen, und der große Haufe brauchte wie gewöhnlich nichts davon zu wissen. Die weitsichtigen ungarischen Politiker, die der dortige Adel immer in seinen Reihen zählte, dachten ihren Teil dabei. Für die nächsten Tage war auch noch der Besuch des Zaren am Wiener Hofe angesagt, und die Erinnerung an 1849 drängte sich ganz ungezwungen auf, ebenso die Mahnung des alten Deak, daß die Sicherheit Ungarns nur in der Anlehnung an Österreich zu suchen sei. Es war die höchste Zeit, den Degen einzustecken.

Die Beschwichtigung für die liberale ungarische Partei ging schon am nächsten Tage nach Budapest ab, und das „Ungarische Korrespondenzbureau“ meldete darüber: „Der Armeebefehl, der kein staatsrechtlicher (sondern ein rein militärischer) Akt ist, präjudiziert nicht jene im Interesse der Parität wünschenswerten Abänderungen, welche die liberale Partei als notwendig erachtet, und die der Ministerpräsident Graf Rhuen in sein Programm aufgenommen hat.“ Das hieß, was einmal versprochen worden ist, wird nicht zurückgenommen, die Wendung von der „Parität“ lautete sehr entgegenkommend, bedeutete sonst aber nichts, am allerwenigsten nach dem Armeebefehl, und es war darum recht kurzichtig und kleinlich, daß Wiener Blätter sofort wieder die Stimmung drücken wollten mit der Behauptung, damit wäre der Armeebefehl in der Hauptsache zurückgenommen worden.

Am 22. September wurde Graf Rhuen-Hedervary durch ein programmartiges Schreiben des Kaisers wieder mit der Bildung des Ministeriums betraut. In dem Schreiben wurde ebenso das Festhalten an dem Ausgleich und an den kaiserlichen Rechten sowie die Zurückweisung der ungarischen Heeresforderungen als der Sicherheit des Landes selbst nachteilig betont, wie die schon versprochenen Änderungen von neuem zugesagt. Die liberale Partei war froh, einlenken zu können, und beschloß einstimmig, den Armeebefehl im Abgeordnetenhaus nicht zu besprechen, die Unabhängigkeitspartei wollte jedoch den Kampf fortsetzen. Am 24. Oktober brüllte sie den Grafen Rhuen wiederholt nieder, und nur mit großer Mühe gelang es, den Beschluß durchzusetzen, daß sich das Haus bis nach der Bildung des Ministeriums vertage. Graf Rhuen fand aber keine andern Ministerkollegen, weil ihn die liberale Partei noch immer nicht leiden mochte. Inzwischen hatte Ministerpräsident von Körber im Abgeordnetenhaus eine Rede gehalten, in der er allerdings sehr scharf betonte, daß sich Österreich nicht in allen gemeinsamen Angelegenheiten die Butter vom Brote nehmen lassen, sondern seinen verfassungsmäßigen Einfluß aus-

üben werde. Das hatte man in Ungarn natürlich wieder übel genommen, und die liberale Partei drängte den Grafen Khuen, er solle den Ministerpräsidenten von Körber zurückweisen. Dieser erklärte aber ganz offen, man habe in Ungarn die Rede Körbers, der ganz recht habe, falsch aufgefaßt. Das war freilich den edeln Magyaren zuviel, und auch die Liberalen beschloffen nun, den Grafen Khuen zu beseitigen. Graf Apponyi setzte das auch gleich ins Werk, indem er einen Beschluß gegen den Willen des Grafen Khuen durchführte, worauf dieser seine Demission gab und sie dem Kaiser telegraphisch anzeigte, bei dem gerade der Kaiser Nikolaus zum Besuch erwartet wurde. Graf Khuen wurde erst nach der Rückkehr des Kaisers von Würzburg empfangen, und nun begannen in Wien die Verhandlungen über die Neubildung des Ministeriums, da auch der Kaiser den Grafen Khuen, weil er die Störung beim Zarenbesuch nicht zu vermeiden verstanden hatte, fallen lassen wollte.

Inzwischen hatte die liberale Partei ein Neunerkomitee eingesetzt, das über die militärischen Forderungen beraten sollte, dessen einstimmig gefaßten Beschlüsse dem Kaiser aber nicht zusagten, der dem Ausschuß durch den Vertrauensmann der Krone Dr. von Lukacs sagen ließ, mit der Krone verhandle man überhaupt nicht. Die Sache zog sich ungemein lange hin, aber der Kaiser gab nicht nach, und die Versuche der Liberalen, durch geschickte Abfassung ihrer Beschlüsse einige ihrer Ansprüche wenigstens für die Zukunft zu retten, hatten keinen Erfolg, obgleich sie wieder in Wiener Blättern dabei Unterstützung fanden. Der Kaiser gab auch nicht zu, daß in den klaren Sinn der ungarischen Verfassung künstlich etwas hineininterpretiert würde, was nicht darin stand, und daß dadurch, wenn auch nicht seine eignen, so doch die militärischen Hoheitsrechte seiner Nachfolger geschmälert würden.

Am 25. Oktober wurde Graf Stephan Tisza vom Monarchen empfangen und am folgenden Tage mit der Kabinettsbildung beauftragt. Es wurde behauptet, das vereinbarte Programm enthalte alle wesentlichen Beschlüsse des Neunerkomitees, und die Abänderungen beträfen nur einzelne Ausdrücke. Aber auf diese kam es ja gerade an, und die Opposition Apponyis dagegen bewies, daß es sich eben um wesentliche Ausdrücke handelte. Man sträubte sich angebrachtermaßen etwas in der liberalen Partei, aber schließlich gab ihre Presse zu, daß Tisza seine Sache ganz ausgezeichnet gemacht habe, und die Opposition Apponyis nur in der persönlichen Abneigung gegen Tisza ihre Ursache finde. Die fortgesetzte Mörgelei der Wiener Blätter über die angebliche Nachgiebigkeit der Krone hatte in diesem Falle die wohlthätige Folge, den Umschwung der Meinung in Ungarn, wo sich der Anhang Apponyis von Tag zu Tag minderte, zu fördern. Am Schluß des Monats waren die Bedenken zu Ende, die liberale Partei begrüßte mit dem in Ungarn üblichen Jubel den neuen Ministerpräsidenten, der versprach, zunächst versöhnlich auftreten zu wollen, und Graf Apponyi unterließ seinen Austritt, weil ihm nur wenige gefolgt wären. Die Opposition beschloß, wie sich von selbst verstand, die Fortsetzung der Obstruktion, und Apponyi legte die Präsidentenstelle im Abgeordnetenhaus nieder, worauf der energische Perczel gewählt wurde.

Mit der Konstituierung des Ministeriums Tisza war der Heereskonflikt definitiv zu Ende, und er wird ebensowenig wiederkehren, wie er sich in

Preußen ernstlich erneuert hat. Nachwehen hat er natürlich hinterlassen, die wird aber in der Hauptsache Ungarn selbst zu tragen haben, dessen parlamentarische Verhältnisse noch unheilbar erscheinen. Graf Tisza wurde beim Vortrag seines Regierungsprogramms von der Opposition zwar niedergebrüllt, setzte sich aber doch durch und brachte auch den Antrag zur Annahme, daß die Rekrutenvorlage auf die Tagesordnung gesetzt werde, gegen die aber von der Opposition bis zum Jahreschluß mit allen Mitteln der Obstruktion gekämpft wurde. Da Graf Khuen mit seiner Rechtfertigung des Körberschen Standpunkts so schlecht abgeschnitten hatte, beschloß Tisza, um seine Leute für sich einzufangen, anders zu verfahren, und machte über eine neue Äußerung des Ministerpräsidenten Dr. von Körber die Bemerkung, was Körber sage, sei nur die Ansicht eines distinguished foreigner, sei aber für Ungarn ganz gleichgiltig. Er hatte damit das ungarische Abgeordnetenhaus gewonnen, und Körber rächte sich einige Tage darauf mit der geistreichen Wendung, er müsse feststellen, daß der Ausdruck „fremd“ für die Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn zuerst auf ungarischer Seite gefallen sei. In Österreich kochten die kleinen Töpfe gleich wieder über und vertraten die Meinung, nach einem solchen Austausch von Höflichkeiten sei das Nebeneinanderwirken beider Ministerpräsidenten unmöglich. Körber und Tisza trafen sich aber einige Tage danach in Wien, und die beiden Auguren mögen, als sie sich gegenüberstanden, gelacht und gedacht haben: Man muß eben die Parlamente nehmen und behandeln, je nachdem sie sind.

Mehr als diese persönlichen Reibereien vor der Öffentlichkeit könnten dem Grafen Tisza einige staatsrechtliche Redewendungen, die er wohl nur zur Festhaltung und Auffrischung seines Anhangs im ungarischen Abgeordnetenhaus gebrauchen zu müssen glaubte, und die er zum Teil nachträglich wieder abänderte, bei der Krone geschadet haben, da man in diesen Dingen dort, wie Herr von Szell schon erfahren hat, sehr feinsüßig ist. Inzwischen war Graf Apponyi endlich mit einigen Gesinnungsgenossen definitiv aus der liberalen Partei ausgetreten, die Opposition ließ zeitweilig mit der Obstruktion nach, brach dann aber immer wieder heftig damit los; die Verhandlungen kamen nicht von der Stelle. Die Mahnungen Tiszas, wenigstens die Rekrutenvorlage zu bewilligen, damit die Dreijährigen zu Neujahr entlassen werden könnten, haben bisher keinen Erfolg gehabt. Es wird eben schließlich nichts übrig bleiben, als nach Neujahr mit der Auflösung des Abgeordnetenhauses vorzugehen, obgleich man nicht gern zu Neuwahlen schreiten möchte, da die militärischen Forderungen der Magyaren alle übrigen Nationen in Ungarn über die Maßen aufgeregt haben.

Diese Betrachtungen über den ungarischen Heereskonflikt unterscheiden sich in vielen Dingen von der üblichen Darstellung in den Tagesblättern, was aber weder ihrer Wahrheit noch ihrer Unparteilichkeit Abbruch zu tun geeignet ist. Die Maßstäbe für die Beurteilung sind den Ereignissen und Erfahrungen beim preussischen Heereskonflikt und während des Selbstvernichtungskampfes der großen deutschen liberalen Partei unter dem letzten deutsch-österreichischen Ministerium Auersperg, Ereignissen, die der Verfasser beide mit erlebt hat, entnommen worden. Für die Deutschösterreicher bedeutet der Verlauf der

ungarischen Heereskrise leider wieder ein neues Glied in der langen Reihe der verpaßten Gelegenheiten. Ihre Führer mögen für die Niederungen der Fraktionspolitik geeignet sein, auf die Höhen einer weitschauenden Politik haben sie noch keinen Pfad gefunden. Ihr ganzes Treiben erschöpft sich in weinerlicher, stellenweiser heftiger, aber immer „impotenter Raunzerei,“ wie Steinwender treffend gesagt hat. Die Angriffe gegen das Ministerium Körber, die von ganz andern Leuten hinter der Szene ins Werk gesetzt werden, mehren sich bei ihnen, und immer erscheint am Schlusse der bekannte tschechische Beamte, der an einen deutschen Ort versetzt wurde, während doch niemand den deutschen Beamten zu zeigen vermag, der übergangen worden wäre, weil er überhaupt nicht vorhanden ist.

Fürst Bismarck hat vor vielen Jahren den Deutschösterreichern geraten, ihre neuere Geschichte zu studieren, damit sie die Fehler erkannten, die gemacht worden sind. Aber das tun sie nicht, und darum ist ihnen unbekannt, wo der Irrweg eingeschlagen worden ist, und sie tasten nun auf allen möglichen Pfaden herum, von denen keiner zum Ziel führen kann, weil keiner der rechte ist. Wie stellen sich denn die Herren eigentlich die Dinge vor, die nach einem Ministerium Körber kommen würden? Was ihnen günstigeres soll denn nachkommen! Die Gelegenheit, in der Heeresfrage wieder die den Deutschösterreichern im Staate gebührende Stellung einzunehmen, haben sie richtig verpaßt, aber gerade die letzte Wendung bietet ihnen den Anknüpfungspunkt zu einem neuen Anschluß und Entschluß. Aus den Äußerungen des Monarchen bei dem Empfang der Delegationsmitglieder kann man leicht einen Schluß auf die künftige Politik ziehen. Der Kaiser hält die militärischen Zugeständnisse an Ungarn für abgeschlossen, wünscht aber den Abschluß des Ausgleichs und rechnet dabei auf die tätige Mitwirkung der Deutschen; an eine Änderung der innern Politik zugunsten der Tschechen oder anderer Slawen ist nicht zu denken. Das könnte bloß anders werden, wenn die Deutschen wieder versagten. Die so skizzierte innerpolitische Lage bleibt ja immerhin voller Schwierigkeiten, aber sie bietet den Deutschen eine brauchbare Grundlage, noch einem zweiten Rat des Fürsten Bismarck zu folgen und die verloren gegangne Anknüpfung ihrer Interessen an die der Krone wiederzugewinnen. Für schwache Seelen mag es ja leichter sein, die Verantwortung für den doch unvermeidlichen Ausgleich dem Paragraphen 14 zuzuschieben, wer aber den Mut hat, seinen Wählern offen ins Auge zu sehen und auch eine vorübergehende Unpopularität nicht zu scheuen, der möge den Ernst der Stunde in Erwägung ziehen. Alle solche Widerwärtigkeiten rein persönlicher Natur würden mehr als reichlich ausgeglichen werden durch die ohne Zweifel dadurch gewonnene Möglichkeit, daß die Deutschen die nationale Frage in einer ihnen nicht nachteiligen Weise lösen könnten. Die Hoffnung auf einen Entschluß zu dieser rettenden Tat ist freilich gering, die Furcht vor Schönerer und Wolf ist zu groß, und der Operettenwitz: „Es gibt keine Männer mehr“ dürfte noch einmal zur Wahrheit werden.

